## Stadt Cottbus / mesto Chosebuz Die Oberbürgermeisterin



Vorlagen-Nr.					
StVV	IV-027/04				
НА					

Dezernat: IV Amt: 6	Termin der Tagung: 29.09.04	Termin der Tagung: 29.09.04				
Vorlage zur Entscheidung						
durch den Hauptausschuss						
durch die Stadtverordnetenversa	nichtöffentlich					
Beratungsfolge:	Datum		Datum			
		Control Children Bode d Madad	Datum			
Beigeordnetenkonferenz	22.06.04	Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.				
Haushalt und Finanzen	21.09.04	Umwelt	22.00.04			
Recht, Sicherheit, Ordnung u. Petitionen	16.09.04	Hauptausschuss	22.09.04			
Wirtschaft	1.50001	Stadtverordnetenversammlung	29.09.04			
Bau und Verkehr	15.09.04	Ortsbeiräte/Ortsbeirat				
Bildung, Schule, Sport u. Kultur		☐ JHA				
	rhebung von Be	eiträgen für straßenbauliche Maßnahmen in der I bzweig Hermann-Löns-Straße wird beschlossen.				
Rätzel						
Beratungsergebnis des HA/der StVV	:	Beschluss-Nr.:				
	mmenmehrh	eit Sitzung am: TOP:	Sitzung am: TOP:			
	Anzahl der <b>Ja</b> -Stimmen:					
laut Beschlussvorschlag	Anzahl der <b>Nein</b> -Stimmen:	Anzahl der <b>Nein</b> -Stimmen:				

mit Veränderungen (siehe Niederschrift) Anzahl der **Stimmenthaltungen**:

Vorlagen-Nr.: IV-027/04

## **Problembeschreibung/Begründung:**

Im Jahre 2000 führte die Stadt Cottbus Baumaßnahmen an der Dresdener Straße in dem Bereich vom Abzweig Hermann-Löns-Straße durch (siehe Anlage 1). Die Kosten der Baumaßnahme sind nach den Vorschriften des Straßenbaubeitragsrechts umlagepflichtig. Die sachliche Beitragspflicht ist vorliegend mit der Abnahme der Baumaßnahme am 21.08.00 eingetreten. Dieser Zeitpunkt fällt in den Geltungsbereich der am 20.10.1999 veröffentlichten allgemeinen Straßenausbaubeitragssatzung, wodurch die Beitragserhebung auf der Grundlage dieser Satzung durchzuführen ist. Bezüglich dieser Satzung sind jedoch von Seiten des Verwaltungsgerichts Cottbus Ende 2002 rechtliche Risiken aufgezeigt worden.

Die am 28.12.2002 veröffentlichte allgemeine Staßenausbaubeitragssatzung der Stadt Cottbus bietet keine Ermächtigungsgrundlage für die vorliegende Maßnahme, da die sachliche Beitragspflicht der o. g. Maßnahme vor dem Inkrafttreten dieser Satzung entstanden ist und damit nicht mehr von dieser Satzung erfasst wird.

Die beitragsfähigen Kosten betrugen insgesamt 168.489,87 € Hiervon sind 66.656,22 €umlagefähig (siehe Anlage 2).

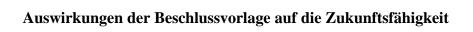
Bei der Dresdener Straße handelt es sich um eine Einrichtung, die überwiegend sowohl dem durchgehenden innerörtlichen als auch dem überörtlichen Verkehr dient.

Durch den rückwirkenden Erlass einer die Maßnahme erfassenden Satzung unter Beachtung der Vorschriften des am 01.02.2004 geändert und in Kraft gesetzten Kommunalabgabengesetzes des Landes Brandenburg soll eine wirksame und zugleich rechtssichere Ermächtigungsgrundlage geschaffen werden.

Ohne den Erlass der Einzelsatzung besteht die Gefahr, dass die noch zu erlassenden Beitragsbescheide einer wirksamen Ermächtigungsgrundlage entbehren und die Stadt Cottbus dadurch neben dem Verlust möglicher umlagefähiger Beiträge in Höhe von 66.656,22 €auch noch Gerichts- und Anwaltskosten zu tragen hätte.

Finanzielle Auswirkungen:	⊠ Ja	☐ Nein
1. Gesamtkosten:		
Siehe Problembeschreibung		
2. Sicherstellung der Finanzierung:		
3. Folgekosten:		
5.1 orgenosteri.		

Vorlagen-Nr.: IV-027/04





	sehr negativ	negativ	neutral	positiv	sehr positiv
		-	0	+	++
Ökologie			X		
Ökonomie				X	
Soziales			X		
Summe	0	0	2	1	0

Ergebnis: + und - ergeben:

nicht nachhaltig nachhaltig

- 6	- 5	- 4	- 3	- 2	- 1	0	+ 1	+ 2	+ 3	+ 4	+ 5	+ 6
							X					